

"Neoliberales Leitmotiv" für Kindergärten

Iserlohn. (tp) Während die Protestwelle gegen das neue Kinderbildungsgesetz für das Land NRW nicht abebbt, Kirchen, Städte, Eltern und Verbände gegen Kindpauschalen und politisch gewollte Konkurrenz zwischen den Einrichtungen mobil machen, macht sich bei den Erzieherinnen mittlerweile Resignationsstimmung breit. Dies wurde am Montagabend bei einer Informationsveranstaltung der SPD im Ratssaal deutlich. Fast 50 Mitarbeiterinnen aus Tagesstätten und Kindergärten waren erschienen, um sich von Wolfgang Jörg, jugendpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, über den jüngsten KiBiz-Stand berichten zu lassen.

Dass sich die CDU/FDP-Koalition in Düsseldorf auf den letzten Metern bis zur Verabschiedung des Gesetzes Ende Oktober noch zu größeren Zugeständnissen bereit erklärt, halten die Mitarbeiterinnen in den Kindergärten nach eigenem Bekunden für mehr als unwahrscheinlich. Und auch die SPD-Opposition will da keine große Hoffnung machen. Wolfgang Jörg: "In der Substanz wird das Gesetz nicht mehr verändert. Die wollen das durchziehen."

Das KiBiZ leitet die völlige Umgestaltung der nordrhein-westfälischen Kindergarten-Landschaft ein. Doch nach Auffassung der SPD wird diese neue Landschaft, die, so Jörg, "von einer neoliberalen Weltanschauung geprägt wird", auf Sicht bedeutend karger als bisher aussehen. Auch im Kindergartenbereich sollen künftig Begriffe wie "Konkurrenz", "Markt" und "Wettbewerb" das Leitmotiv sein - zum Verdruss der SPD.

Zentrales Element für die Umgestaltung sind dabei die sogenannten Kindpauschalen sowie die flexiblen und von den Eltern frei wählbaren Betreuungszeiten in den Einrichtungen. Für SPD-Sprecher Jörg zwei Faktoren, die zwangsläufig zur Schließung von Einrichtungen führen werden und bei den verbleibenden Tagestätten Qualitätsverluste bedeuten. So soll die Finanzierung der Kindergärten mit den Pauschalen künftig pro Kind erfolgen. Einrichtungen, die ihre Gruppen nicht auslasten, müssen somit Mindereinnahmen hinnehmen. Besonders gravierend, so Jörg, mache sich diese Abrechnungsmethode bei kleinen Einrichtungen und Initiativkindergärten bemerkbar. Im Gegenzug gebe es im KiBiZ keine Gruppen-Obergrenzen mehr. Sprich: Einrichtungen können ihre Gruppen deutlich über die bisherige Kinderzahl hinaus ausdehnen, um so eine günstigere Finanzierung der Arbeit zu erreichen.

Auch für die Bezahlung des Personals brechen nach Darstellung des Hagener Landtagsabgeordneten neue, aber nicht bessere Zeiten an. Mit den Kindpauschalen sollen sämtliche Aufwendungen zum Betrieb der Einrichtungen wie Lohn, Sachmittelkosten und Weiterbildungsbudget abgedeckt werden. Der Lohnkostenanteil dabei wird berechnet über einen Durchschnittswert, der der Bezahlung einer verheirateten 32-jährigen Erzieherin mit zwei Kindern entspricht. Bei älteren Mitarbeiterinnen, die aufgrund ihrer langjährigen Zugehörigkeit zu Einrichtungen über höhere Vergütungsansprüche verfügen, stellt sich somit die Frage nach dem finanziellen Ausgleich.

Der, so Jörg, könne nur über Einsparungen an anderer Stelle im Budget erreicht werden. Im schlimmsten Fall aber drohten diesen Erzieherinnen Änderungskündigungen oder sogar Entlassungen zu Gunsten von jüngeren Kräften.

Und während die Düsseldorfer Koalition die neue Flexibilität für die Eltern bei der Wahl der Betreuungszeiten rühmt, sieht der SPD-Landtagsabgeordneter die Träger damit vor schier unlösbare Probleme gestellt. Da die Erziehungsberechtigten laut KiBiZ künftig alljährlich erst bis zum 15. März erklären müssen, welches Stundenkontingent sie für ihre Kinder buchen möchten, wüssten die Einrichtungen auch erst zu diesem Zeitpunkt, wieviel Personal sie vorhalten müssen. Zugleich aber werde von den Tagesstätten eine wöchentliche Öffnungszeit von 50 Stunden verlangt. "Viele Eltern werden die Entscheidung, ob sie ihr Kind 25, 35 oder 45 Stunden betreuen lassen, auch vom Portmonee abhängig machen", befürchtet Jörg rein finanzielle Erwägungen, die nicht im Sinne der Kinder sein könnten. Jörg: "Diese Flexibilisierung geht zu Lasten der Einrichtungen, während allein die Träger das Risiko übernehmen müssen."

In dieses Bild passe auch die geplante "Karenzzeitregelung", laut der Eltern ihr Kind fünf Stunden zusätzlich betreuen lassen können, ohne dafür höhere Gebühren zu zahlen. Für den SPD-Landtagsabgeordneten ein geschickter Trick der Koalition mit Blick auf den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, der, so Wolfgang Jörg, nach Expertenmeinung bei 30 Wochenstunden als erfüllt gilt. Viele Kommunen, so die Vermutung des Sozialdemokraten, werden vor diesem Hintergrund für die Kinder aus Hartz-IV-Haushalten nur die 25-stündige Betreuung "buchen", um Kosten zu sparen. Gleichzeitig drohe eine Abwanderung der Kinder aus zahlungskräftigen Haushalten. Wolfgang Jörg: "Je nach künftiger Beitragshöhe kann es sich durchaus rechnen, wenn sich einige wenige Eltern zusammenschließen, um privat eine Erzieherin zu beschäftigen."

Dass es sich bei dem Kinderbildungsgesetz nicht um ein "Gesetz für Kinder, Eltern oder Erzieherinnen, sondern allein für den NRW-Finanzminister" handele, stand für Wolfgang Jörg dann auch völlig außer Frage: "Ich kann die Verlautbarungen des Ministerpräsidenten im Fernsehen und in den Boulevard-Medien nicht mehr ertragen, dass Kinder und Familien mit diesem Gesetz gefördert werden sollen. Das reine Gegenteil ist der Fall. Es geht um eine Strukturbereinigung aus finanziellen Gründen." Und die öffentliche Erklärung, dass das Land bereits in diesem Jahr 150 Millionen mehr für die Kindergärten zur Verfügung stelle, sei ebenfalls Augenwischerei, nachdem 2006 insgesamt 160 Millionen Euro in diesem Bereich gekürzt worden seien.

25.09.2007